

Der städtische Voranschlag für 1931.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 fort. Zur Verhandlung gelangte die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten. Das Referat erstattete Stadtrat Kokrda.

Er berichtet, dass das Gesamterfordernis für die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten über 88 Millionen Schilling betrage. Davon seien für die Schulangelegenheiten allein über 78 Millionen Schilling veranschlagt. Im Budget der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten sei zum ersten Male der Betrag von 50.000 Schilling als Pachtzuschuss für die dem Bürgerspitalfonds gehörigen Gründe vorgesehen, die von der Gemeinde Wien in Anspruch genommen werden.

Gemeinderat Stöger verweist auf die Notlage der Marktparteien, die unter den hohen Marktgebühren schwer zu leiden haben. Eine Aenderung des Systems der Marktgebühren sei im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung unerlässlich.

Vizebürgermeister Hoss stellt fest, dass auf einzelnen Märkten sehr viele Stände leer seien. Schuld daran sei nicht nur die allgemeine Wirtschaftslage, sondern auch in einem nicht geringen Teil Schickanen, denen einzelne Marktparteien ausgesetzt seien. In Bezug auf die Obst- und Gemüse A.G. müsse festgestellt werden, dass sie ihren Zweck in keiner Weise erfülle. Der Redner meint, dass Trockengemüse für die Humanitätsanstalten im Interesse der heimischen Gärten nur dann gekauft werden solle, wenn kein Frischgemüse mehr zu haben sei. Es wäre sehr nützlich, hinsichtlich der Versorgung der Gemeindeanstalten mit Gemüse zunächst mit den Wiener Gärtnerorganisationen zu verhandeln. Ebenso notwendig sei, der Spannung zwischen den Großhandelspreisen und den Kleinhandelspreisen ein größeres Augenmerk zuzuwenden. Was die Baustoffe A.G. anlange, sei zu bedauern, dass aus dem Budget keine Preiskalkulation zu ersuchen sei. In Bezug auf die Schulverwaltung müsse die Minderheit auf die Forderung nach Errichtung eines eigenen Schulreferates im Rahmen der Gemeindeverwaltung auf das drücklichste bestehen. Einige Schulen seien schon derartig reparaturbedürftig, dass ihr Bauzustand schon fast an Skandal grenze. Es wäre sehr im Interesse der Gemeinde gelegen, diese Uebelstände sofort abzustellen.

Stadträtin Dr. Motzko führt darüber Beschwerde, dass an einzelnen Schulen Schülerzeitungen existieren, die unter keinen Umständen geduldet werden dürfen. Im städtischen Schulwesen sei sehr viel faul, leider sei aber im Rahmen der Stadtverwaltung niemandem die Möglichkeit gegeben, über die verschiedenen Uebelstände vor aller Öffentlichkeit zu sprechen. Zu tadeln sei auch, dass in vielen städtischen Amtsräumen sozialdemokratische Organisationen untergebracht seien, so die Societas und der Freidenkerbund, der in der niederträchtigsten Weise den Kampf gegen die Kirche führt. Diese unerhörten Zustände müssen schleunigst aus der Welt geschafft werden.

Gemeinderat Binder erklärt hinsichtlich des städtischen Wirtschaftsamt, dass die zentrale Beschaffung der verschiedenen Artikel nicht immer vorteilhaft sei. Der Redner verlangt genaue Angaben über die städtische Bäckerei.

Gemeinderat Angermayer erklärt, dass die Baustoffe A.G. und das Wirtschaftsamt unter der Devise des Sparens errichtet worden seien. In Wirklichkeit sei jedoch die Baustoffe A.G. nur eine Zwischenhändlerin. Die Betriebsauslagen, vor allem der Lagerhaltung seien sehr hoch; es entstehe daher die Frage, ob das Unternehmen seinen Zweck erfülle. Das Gleiche gelte vom Wirtschaftsamt, das ebenfalls nur dem Zwischenhandel diene. Der Zweck des Amtes, ein Ersparungsorgan zu sein, komme daher sehr in Frage. In Bezug auf die städtische Bäckerei erklärt der Redner, dass die Bäckerei heute schon weit ausgebaut sei, dass sie gar nicht mehr voll ausgenützt werden könne. Wie schon wiederholt festgestellt worden sei, müsse auch heute betont werden, dass die städtische Bäckerei ein arges Konkurrenzunternehmen für die privaten Bäckereien sei.

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Kokrda eingehend auf die Ausführungen der Redner der Minderheit. Von einem Terror auf den städtischen Märkten könne mit keinem Wort gesprochen werden. Die städtische Bäckerei, die von der Gemeinde als ein schon bestehendes Unternehmen

übernommen worden sei, erfülle in jeder Weise ihren Zweck. Sie bedeute auch keine Konkurrenz für die privaten Bäckereien. Für die bestehende Schulverfassung könne die Gemeinde nicht verantwortlich gemacht werden. Die Wiener Schulen unterstehen einer eigenen Schulbehörde, dem Stadtschulrat, der die gesetzmässige Bundesschulbehörde sei. Sollten an Schulen Unzukömmlichkeiten beobachtet werden, sei der beste Weg zur Abschaffung die Anzeige beim Stadtschulrat, der jede Anzeige auf das gewissenhafteste überprüfe. In Bezug auf die Baustoffe A.G. erklärt der Berichterstatter, dass rund 99 Prozent aller Baustoffe vom Produzenten weg direkt auf die Baustelle geschafft werden. Von einer Lagerhaltung der Baustoffe könne daher wohl nicht gesprochen werden.

In der Spezialdebatte, an der sich Vizebürgermeister Hoss und die Gemeinderäte Angermayer, Binder und Stöger beteiligen, spricht sich Gemeinderat Uebelhör gegen die wahllose unentgeltliche Beteiligung der Schulkinder ohne Unterschied ob arm, ob reich mit Schulbüchern aus. Diese Aktion schädige ebenfalls verschiedene private Gewerbe auf das empfindlichste.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten werden genehmigt.

Nunmehr gelangt die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten zur Verhandlung. Berichterstatter ist Stadtrat Linder.

Er berichtet, dass die Gesamtausgaben für die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten mit über 16 Millionen Schilling veranschlagt seien. Davon werden fast 10 Millionen Schilling für das Feuerlöschwesen ausgegeben. Das vorbildliche Wirken der städtischen Feuerwehr werde von allen Schichten der Bevölkerung anerkannt. Die vor Jahren begonnenen Verbesserungen der Feuermeldung sollen im nächsten Jahr vollendet werden. Die Wiener Feuerwehr sei auf 6 Hauptwachen und 24 Nebenwachen aufgeteilt. Sie verfüge gegenwärtig über 148 Geräte und 6 Inspektionsmotorräder. Alle Geräte seien auf das allernueste ausgestattet. Um eine rasche Feuermeldung zu ermöglichen, stehen der Wiener Berufsfeuerwehr 666 öffentliche und 332 private Feuermelder zur Verfügung. Der Ausbau der Feuermeldelanlagen werde natürlich in den kommenden Jahren fortgesetzt. Das gesamte Kabelnetz der Feuerwehr sei 110 Kilometer lang, die Oberleitung 453 Kilometer. Hinsichtlich der Gemeindegache müsse festgestellt werden, dass sie den erforderlichen Wach- und Ordnungsdienst in den städtischen Ämtern, Anstalten, Betrieben, Unternehmungen, Gartenanlagen, Friedhöfen, Markthallen, Märkten und Schlachthäusern klaglos versieht. Für die Kunstförderung seien im Budget 189.000 Schilling vorgesehen; 100.000 Schilling davon seien der Förderung der Gegenwartskunst gewidmet.

Stadtrat Kunschak erklärt, dass das Geld für die Gemeindegache buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen werde. Die vorgesehene Ausgabe von 37 Millionen Schilling sei unter keinen Umständen gerechtfertigt. Ein Ordnungs- und Wachdienst in den städtischen Ämtern und so weiter habe immer bestanden und stets auch klaglos funktioniert. In Bezug auf die Herausgabe der Zeitung "Die neue Wohnung" durch die städtische Wohnhausverwaltung müsse festgestellt werden, dass die Herausgabe dieser Zeitung verfassungsmässig in keiner Weise gedeckt sei. Der Redner kritisiert, dass Bewerber, die wegen Betruges oder Diebstahls verbestraft seien, die Wiener Heimatsberechtigung verliehen worden sei. Die Verleihungen des Heimatrechtes in Wien müssen im Amtsblatte der Stadt Wien veröffentlicht werden, um sie nicht weiter der öffentlichen Kontrolle zu entziehen.

Stadtrat Kunschak beantragt schliesslich, die Post Gemeindegache zu streichen, die stenographischen Protokolle des Wiener Gemeinderates in Druck zu legen und sie an die Gemeinderatsmitglieder auszufolgen, den amtsführenden Stadtrat für die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten zu beauftragen, unverzüglich alle Vorarbeiten zur Aufnahme eines neuen Stadtplanes in die Wege zu leiten, und schliesslich die Verleihung des Heimatrechtes in Wien wieder in der Form zu veröffentlichen, wie es früher der Fall war.

Gemeinderat Angermayer nimmt ebenfalls gegen die Gemeindegache Stellung. Vom Jahre 1927 angefangen bis 1929 seien für die Gemeindegache 6¼ Millionen Schilling ausgegeben worden und für die Jahre 1930 und 1931 seien als Ausgabe weitere 8½ Millionen Schilling vorgesehen. Der Gesamtbetrag mache daher nicht weniger als 149 Millionen Schilling aus. Die Ausgaben für die Gemeindegache seien in der jetzigen Zeit total überflüssig. Interessant sei, dass für die Gemeindegache Gummiknüppel geradezu massenhaft bestellt worden. So seien für 650 Gemeindegachmänner über 1000 Gummiknüppel bestellt worden. Der Redner wünscht schliesslich Aufklärung über den Bestand einer eigenen Telefonverbindung der Arbeiterzeitung mit dem Revier der Gemeindegache in der Mollardgasse.

In seinem Schlusswort stellt Stadtrat Linder fest, dass die Gemeindegache sich vorzüglich bewähre und ihre Tätigkeit eine sehr nützliche

.....
 sei. Hinsichtlich der Verleihungen des Heimatrechtes erklärt der Referent, dass jeder einzelne Fall äusserst genau geprüft werde. Es sei ihm nicht ein Fall bekannt, in dem ein rechtskräftig Vorbestrafter das Heimatrecht erlangt hätte.

Der Antrag Kunschak auf Herausgabe eines neuen Stadtplanes wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Anträge werden abgelehnt. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt.

Nunmehr gelangen nach einem Bericht des Stadtrates Breitner die Positionen "Bilanz und Bedeckung" zur Verhandlung.

Stadträtin Dr. Motzko gibt die Erklärung ab, dass die Minderheit der Vorlage nicht zustimmen könne.

Die Positionen "Bilanz und Bedeckung" werden genehmigt.

Sodann gelangen die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1931 zur Verhandlung. Berichterstatter ist Vizebürgermeister Emmerling.

Er führt aus, dass die Gaswerke im kommenden Jahr mit einer Jahreserzeugung von rund 320 Millionen Kubikmeter Gas und mit einem Verkauf von rund 296 Millionen Kubikmeter rechnen. Die Zahl der Gaskonsumenten dürfte im kommenden Jahr eine halbe Million überschreiten. Die Investitionen der Gaswerke werden im nächsten Jahr einen Geldbedarf von 10'5 Millionen Schilling erfordern. Davon entfallen 3'2 Millionen Schilling auf Kreditreste für in Ausführung begriffene Arbeiten und 7'3 Millionen Schilling auf neue Investitionen. Die Investitionen werden durchwegs aus eigenen Mitteln bestritten werden. Die Elektrizitätswerke rechnen im Geschäftsjahr 1931 mit einer Stromerzeugung und einem Strombezug von zusammen 580 Millionen Kilowattstunden und einem Gesamtstromverkauf von 410 Millionen Kilowattstunden. Von der Stromerzeugung werden 312'5 Millionen Kilowattstunden auf die Wiener Werke und 108 Millionen Kilowattstunden auf das Ebenfurter Werk entfallen; aus eigenen Wasserkraftwerken dürften 780 Millionen Kilowattstunden bezogen werden. Der Fremdstrombezug wird mit 72'5 Millionen Kilowattstunden angenommen. Die Ausgaben für Investitionen werden 35'8 Millionen Schilling betragen. Davon entfallen 25'7 Millionen Schilling auf Restzahlungen für frühere Investitionen, mithin 10'1 Millionen Schilling auf neue Investitionen. Die Strassenbahnen rechnen für das kommende Jahr mit einer Frequenz von 600 Millionen Fahrgästen bei der Strassenbahn und Stadtbahn, mit einer Frequenz von 31'9 Millionen im Autobusbetrieb und mit einer Frequenz von 500.000 Fahrgästen im Elektrobusbetrieb. Für Investitionen bei der Strassenbahnunternehmung seien im kommenden Jahr 10'76 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Für die städtische Leichenbestattung sei für das nächste Jahr ein Ueberschuss von 12.000 Schilling veranschlagt. Das städtische Brauhaus rechne mit einer Erzeugung von 400.000 Hektolitern und mit einem Verkauf von 376.000 Hektolitern Bier. Der Gebarungsüberschuss wird mit 800.000 Schilling angenommen. Für Investitionen sei der Betrag von 2'4 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Alle Investitionen werden selbstverständlich aus eigenen Mitteln bestritten. Die städtische Ankündigungsunternehmung "Gewista" nimmt für das kommende Jahr einen Ueberschuss von 116.000 Schilling an.

In der Debatte erklären Vizebürgermeister Hoss und die Gemeinderäte Angermayer, Binder und Uebelhör sowie Stadtrat Biber, dass die neuen Grundgebühren beim Elektrizitätswerk und Gaswerk für die Wirtschaft eine unerträgliche Belastung darstellen. Sie beschäftigen sich sehr eingehend mit dem Strassenbahnverkehr, den sie als völlig unzureichend und einer Grosstadt unwürdig bezeichnen. Stadtrat Biber beantragt, den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen zu beauftragen, alles Nötige zu veranlassen, damit vom 1. Februar 1931 angefangen von der Einhebung der Grundgebühren Abstand genommen werden könne. Gemeinderat Angermayer stellt den Antrag, die Einkassierungen für die Gas- und Stromabnahme gleichartig durchzuführen und hierbei die Einkassierung nicht direkt, sondern durch Erlagscheine zu besorgen.

In seinem Schlusswort erwidert Vizebürgermeister Emmerling ausführlich auf die verschiedenen Beschwerden der Redner der Minderheit, worauf die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen mit den Stimmen der Mehrheit angenommen werden. Die Anträge Biber und Angermayer werden abgelehnt.

Damit sind die Verhandlungen über den städtischen Voranschlag für 1931 und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1931 * abgeschlossen. Wie schon mitgeteilt, beginnen die Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat übermorgen Freitag.

* im Wiener Stadtsenat und städtischen Finanzausschuss